

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die GroKo hier im Rat macht es möglich, dass dieser HH-Entwurf, so wie er von unserem BM und der Kämmerin, für das Jahr 2018 eingebracht wurde, ohne Veränderung verabschiedet wird. Sieht man einmal von der, durch CDU und uns Grüne initiierten, Herausnahme des Sanierungspostens „Abgabe des Wildfreigeheges“ ab.

Diese Zustimmung ist unverantwortlich, meine Damen und Herren! Nehmen SPD und CDU, und alle die, die dem HH-Entwurf heute noch zustimmen werden, damit doch jetzt schon in Kauf, dass das Konsolidierungskonzept so bis 2024 nicht aufrechterhalten werden kann. Die einzigen Prognosen die in diesem Konzept aufzugehen scheinen, sind die der Einnahme-Seite. Hier werden die Erwartungen, auf Grund der positiven Wirtschaftslage und der Konsumfreudigkeit der Bürger, sogar noch übertroffen.

Allerdings halten wir die eingepplanten Mehreinnahmen im Bereich neuer Gewerbeflächen für nichtrealisierbare Wunschträume.

Schaut man sich dann die Ausgaben-Seite an, so sieht es zwar prognostisch, also die Zukunft betrachtend, von Jahr zu Jahr, immer positiv aus, da die Ausgaben zu sinken scheinen. Vergleichen wir aber die Vorgaben der Aufwendungen in früheren Jahren für die Folgejahre – z. B. für 2018 -, so steigen diese immer mit dem HH-Entwurf für ein neues Jahr.

Eine kurze Aufzählung hierzu:

Die Planansatzzahlen für 2018 betrachtet vom HH-Entwurf 2015 aus: ordentliche Aufwendungen = 144,7 Mio.

Die Planansatzzahlen für 2018 betrachtet vom HH-Entwurf 2017 aus: ordentliche Aufwendungen = 164,1 Mio.

Die Planansatzzahlen für 2018 betrachtet vom HH-Entwurf 2018: ordentliche Aufwendungen = 167,7 Mio.

Sie sehen meine Damen und Herren, in drei Jahren sind die Entwurfsansätze um ca. 23 Mio. Euro für die Aufwendungen für das heute zu beschließende Jahr 2018 gestiegen. Und selbst wenn wir die Transferaufwendungen herausrechnen, bleibt noch ein Mehr von 10 Mio Euro.

Die realen Zahlen, als Ergebnis oder vorl. Ergebnisse, sprechen dann leider dieselbe Sprache, auch wenn sie dann durch die erhöhten Ansätze für das entsprechende HH-Jahr gesunken zu sein scheinen.

Es werden also Zahlen jährlich für folge Jahre nach oben korrigiert, um dann bei den Rechnungsergebnissen ein positives Bild entstehen zu lassen. Dies ganze gelingt leider nur, weil die Einnahmequellen sprudeln.

Wo können wir jetzt noch aufwandssenkende Maßnahmen aufbauen?

Viel Hoffnung setzen wir alle auf die AÖR. Hier ist auf jeden Fall die nicht mehr anfallende USt. und vielleicht auch, durch die Auslagerung der Fachbereiche 65 (Bauen, Garten,

Umwelt) und 69 (Gebäudemanagement), ein Minderaufwand zu erwarten. In wie weit die, in der Hauptsache, verschobenen Personalaufwendungen als Sachkosten wieder zurück gespiegelt werden bleibt abzuwarten und somit auch die tatsächlichen Einsparungen.

Weitere mögliche Einsparungen sind vermutlich aus der Umsetzung einiger GPA-Vorschläge zu erzielen, wo bei so manches GPA-Ergebnis mehr Fragen als Antworten aufwirft.

Wo wir einmal bei den externen Betrachtern unserer Kommune sind.

Wie schwer sich die meisten Fraktionen mit konkreten, direkt vom Rat ausgehenden Sparmaßnahmen tun, sieht man an der Ablehnung unseres Antrags zur Aufgabe von Fußballfeldern. Dies sollte ja geschehen, so unser Vorschlag, sobald einem Verein ein Kunstrasenplatz zugesprochen wird. In solchen Fällen wird dann immer erst nach einem Konzept und am besten noch nach einem externen Gutachten gerufen, damit die Verantwortung auf jemand dritten übertragen werden kann. Dann sind nicht mehr wir diejenigen die Böses tun sondern die Gutachter.

Die SG Orken/Noithausen kommt auch mit einem Spielfeld aus.

Mit diesem HH-Entwurf wird, durch die Einstellung von Geldern - auch für folge Jahre - für die Errichtung eines Kunstrasenplatzes in Wevelinghofen und die Erneuerung eines solchen in Gustorf, nicht nur in die falsche Richtung investiert – unsere Schulen und Kitas hätten es da wesentlich nötiger -, sondern es werden dazu noch die Aufwendungen für die nächsten 15 Jahre erhöht. Jeder kann es googlen, dass Kunstrasenfußballfelder die kostspieligste Form aller Fußballfelder sind. Viel länger als 15 Jahre hält ein Kunstrasenplatz im Durchschnitt nämlich nicht und ein Kunstrasenplatz kostet in der Anlage und im Unterhalt ca. doppelt so viel wie ein Naturrasenplatz. Davon abgesehen, dass Letztere natürlich auch umweltfreundlicher sind.

Dann legt uns dieses Jahr auch noch der Fachbereich Kinder und Jugend ein Kuckucksei ins Nest, in dem er feststellt, dass in Grevenbroich, wie aus dem Nichts, auf einmal viel mehr Kinder leben als vorausgesehen. D. h., für die nächsten 16 Jahre werden Mehraufwendungen, die im Sanierungsplan nicht vorgesehen waren, für Kindertagesstätten, Grund- und Weiterführendeschulen notwendig sein. Zusätzlich Haushaltsbelastend kommt noch hinzu, dass wir es mit einem veränderten Elternverhalten zu tun haben. Die Kinder sollen früher und länger in den Kindergarten und es besteht ein höherer Bedarf an offenen Ganztagsplätzen.

Um all diesen Wünschen nachzukommen bedarf es natürlich einer stärkeren Unterstützung vom Land und vom Bund. Aber auch genaueres Schauen auf vermeidbare Ausgaben sowie, wie von der Kämmerin schon eingepreist, moderate weitere Steuererhöhungen.

Wo verschenkt die Stadt immer noch unser Geld?

Die Verwaltung hat uns selber vorgerechnet, dass das Umrüsten der Straßenbeleuchtung auf LED nicht nur CO² einspart, sondern auch Energie und somit Geld. Da sie aber unserer Forderung immer noch nicht nachkommt, umgehend mit der GWG über den Austausch der Leuchtmittel für die Straßenbeleuchtung bzw. über die Umwandlung des bestehenden Beleuchtungsvertrags zu verhandeln, verschenken wir Jahr für Jahr geschätzte 150 bis 200.000 Euro.

Ein geringeres, aber nicht zu vernachlässigendes Einsparpotential sehen wir in dem Austausch der Leuchtmittel in städtischen Gebäuden. Aber auch hier sind die Verwaltung und der Hauptausschuss unserem Antrag leider nicht gefolgt.

Die Konsolidierungsmaßnahme“ Bewirtschaftung Parkhaus Von Goldammerstraße“ halten wir für einen grundsätzlichen Fehler. Hier werden wir, in den weiteren Beschlussfassungen, darauf drängen, dass zumindest Bahn-/ und ggf. auch Busreisende keine Parkgebühren entrichten müssen. Ansonsten, so glauben wir, wird es besonders morgens, bei der Parkplatzsuche, und nachmittags, beim Verlassen des Bahnhofumfeldes, zu erheblich mehr Unruhe durch den Autoverkehr führen.

Meine Herren und Damen, lassen Sie mich noch ein paar Worte zu den Einsparvorstellungen durch eine effizientere Verwaltung verlieren. In der freien Wirtschaft, bei auf Gewinn ausgerichteten Unternehmen also, bedeutet Effizienz immer das Verhältnis von eingesetzten Ressourcen zur Ausbringungsmenge. D. h. also, bei einer Effizienzsteigerung muss das Ergebnis ein Mehr oder gleichgroßer Output bei gleichen bzw. geringeren Kosten sein. I.d.R. ist die Konsequenz ein Stellenabbau.

Übertragen wir dies einmal auf die Verwaltung unserer Stadt. Mit dem jetzigen Stand der Mitarbeiter werden jährlich z. B. 1000 Bauanträge, 900 Ordnungswidrigkeiten, 55.000 Buchungsvorgänge, 4000 An- und Ummeldungen, usw. bearbeitet. Dies verursacht Kosten in Höhe von 160 Mio. Euro. Jetzt wird durch eine Umstrukturierung der Verwaltung, oder durch eine Online-Bearbeitung von An- und Ummeldungen, die Möglichkeit geschaffen, mehr Vorgänge zu bearbeiten. Dies setzt aber voraus, dass es: a) mehr Vorgänge geben muss oder b) der bisher damit beschäftigte Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin andere Aufgaben übernehmen kann. Diese müssen dann aber auch vorhanden sein. D. h., dass an anderer Stelle zu wenig Personal vorgehalten wurde. Ein Mehr an Einnahmen, „Bearbeitungsgebühren“ sind bei Verwaltungen oft fremdbestimmt, wird aber im Normalfall kaum daraus resultieren, so dass die Kosten weiterhin gleich hoch bleiben. Eine Kostenreduzierung kann also nur durch Personalabbau erreicht werden. Dieser ist aber durch „Sachgrundlose“-Kündigung nicht möglich, so dass eine Reduzierung der Personalaufwendungen nur durch Fluktuation oder Auslagerung erreicht werden kann.

Eine „Effizienzsteigerung“ ist für unsere Verwaltung somit in den Bereichen von Nöten, wo wir auf Grund von Fluktuation, vor allem durch altersbedingtes Ausscheiden, Arbeitsmengenmäßig keinen Nachbesetzungszwang haben, oder wir ein Weniger an Kundenfreundlichkeit in Kauf nehmen wollen.

Allerdings mussten wir in den letzten Jahren feststellen, dass durch neue Aufgaben und Herausforderungen der Personalbestand nicht den Steigerungen der Personalaufwendungen wettmachen konnte. Dies scheint auch künftig nicht der Fall zu sein.

Aus all diesen, von mir gemachten Feststellung lässt sich für meine Fraktion nur eins ableiten, nämlich, dass wir diesem HH-Entwurf 2018 und dem dazugehörigen Sanierungsplan unsere Zustimmung verweigern müssen.

Es gilt das gesprochene Wort